



Bezirk
Berlin-Brandenburg-
Sachsen



Aufbegehren

100 Jahre Novemberrevolution

Inhalt:

Grußworte

- 4 ■ Olivier Höbel, IG Metall Bezirksleiter
Berlin-Brandenburg-Sachsen
- 6 ■ Jörg Hofmann,
Erster Vorsitzender der IG Metall

- 9 Dr. Bert Hoppe
Novemberrevolution

- 13 Dr. Stefan Heinz, Prof. Dr. Siegfried Mielke
Alwin Brandes – Revolutionär, Reformers, Widerstandskämpfer

- 31 **Dokumente zur Novemberrevolution**

- 41 **Kurzbiografien**
 - Robert Dißmann (1878 – 1926)
 - Richard Müller (1880 – 1943)
 - Max Urich (1890 – 1968)

- 43 Bildnachweis
- 44 Impressum

Umschlagabbildung:

Ein revolutionärer Matrose führt am 9. November 1918
einen Demonstrationszug Unter den Linden an.

Aufbegehren

100 Jahre Novemberrevolution



Revolutionäre Soldaten und Matrosen am Nachmittag
des 9. November 1918 am Brandenburger Tor

Grußworte

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Jahr 2013 während der Vorbereitungen für den 80. Gedenktag an das Verbot der Gewerkschaften und der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 beginnt unser Dialog mit dem Lebensweg von Alwin Brandes.



Olivier Höbel,
IG Metall Bezirksleiter
Berlin-Brandenburg-
Sachsen

Viele Fragen tauchten auf: Wer waren eigentlich die Kolleginnen und Kollegen, die in unserem Gewerkschaftshaus an der Alten Jakobstraße in Berlin zu dieser Zeit die gewerkschaftliche Arbeit getragen haben? Was hat sie geprägt und welchen Weg haben sie genommen? Wie haben sie in ihrer Zeit versucht, Interessenvertretung zu organisieren und die gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung einer sozialen, solidarischen, menschlichen Gesellschaft zu bewegen?

Warum wissen wir eigentlich so wenig über die Arbeit der Generation, die wie keine sonst, das Erstarken der Arbeiterbewegung nach den Sozialistengesetzen, die Katastrophe des Ersten Weltkrieges, die Spaltung der Arbeiterbewegung an der Kriegsfrage, die Weltwirtschaftskrise und die erneute Katastrophe des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges erlebt und erlitten hat?

Die Veranstaltung zum 9. November „Aufbegehren. 100 Jahre Novemberrevolution“ und die vorliegende Textsammlung sind der Versuch, Antworten zu finden im Lebensweg eines Gewerkschafters, der unter schwierigsten und widrigsten Bedingungen, unter Bedrohung von Leib und Leben niemals aufgehört hat, um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für die arbeitenden Menschen zu kämpfen.

Der Weg führte uns vom Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) und Reichstagsabgeordneten des Jahres 1933 zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates Magdeburg, der noch von den Vorstellungen der Sozialisten des 19. Jahrhunderts geprägt war und für die Sozialisierung der Schlüsselindustrien eintrat.

Viele wichtige, heute selbstverständliche Errungenschaften wie die Mitbestimmung, die Tarifautonomie, aber auch das Sozialstaatsprinzip wurzeln in den Kämpfen der damaligen Zeit. Die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung des Kapitals ist heute aktueller denn je.

Mein Dank gilt allen, die dazu beigetragen haben, das Wirken von Alwin Brandes in Erinnerung zu rufen, insbesondere den Autoren Professor Dr. Siegfried Mielke und Dr. Stefan Heinz, aber auch dem ehemaligen Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen Professor Dr. Günter Morsch. Ohne ihre tatkräftige Unterstützung wäre unser Weg in die Geschichte unseres Hauses und der darin arbeitenden Kolleginnen und Kollegen am Beispiel des DMV-Vorsitzenden Alwin Brandes nicht möglich gewesen.

Olivier Höbel,
IG Metall Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die IG Metall ist eine Gewerkschaft, die auf die Erfahrungen einer langen Geschichte bauen kann. Seit über 125 Jahren treten wir für gute Arbeits- und Lebensbedingungen ein – und haben seither viel erkämpft. So waren es Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die im November 1918 für Frieden, Anerkennung von Gewerkschaftsrechten und die Ablösung der konstitutionellen Monarchie eintraten. Viele der damals Aktiven wollten mehr: eine grundsätzliche Reform des kapitalistischen Wirtschaftssystems – oder dessen Ablösung.

Die Novemberrevolution 1918 stärkte im Ergebnis – zunächst – die parlamentarische Demokratie und setzte den Rahmen für einen modernen Sozialstaat, wie wir ihn heute kennen; auch weil die Arbeitgeber in der Defensive waren. In diesem Kontext kam es 1918 zum „Stinnes-Legien-Abkommen“, das zu Recht als Ausgangspunkt einer bis heute wirkenden Sozialpartnerschaft gilt. Durch die damit vollzogene überfällige Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft sowie als Partner für den Abschluss kollektiver Tarifverträge wurde der Grundstein für eine Tarifpolitik gelegt, die auf Flächentarifen baut. Wie wirksam dieses Instrument ist, zeigt auch der in diesem Jahr erkämpfte Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie. Er stellt einen weiteren Meilenstein auf dem Weg hin zu guter Arbeit dar.



Jörg Hofmann,
Erster Vorsitzender
der IG Metall

Wer waren die Männer und Frauen, die 1918 für Arbeitnehmerrechte kämpften? Einer ganz vorne war Alwin Brandes, der spätere Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Seine Persönlichkeit prägte die Gewerkschaftsbewegung der frühen Weimarer Republik, auch wenn sein Name heutzutage leider wenig bekannt ist. Deshalb freut es mich besonders, dass sein Wirken im Zentrum dieser Veranstaltung steht.

Ein Rückblick auf die Arbeiterbewegung der Weimarer Republik zeigt aber auch eine große Schwäche: Sie war von Beginn an parteipolitisch gespalten. Was wäre Deutschland erspart geblieben, wenn die Arbeiterbewegung – Gewerkschaften und die von ihr getragenen Parteien – einheitlich aufgetreten wären, gemeinsam für sozialen Fortschritt gekämpft und sich nicht in Kontroversen und Feindschaften zerlegt hätten? Nutznießer waren die Rechtspopulisten von damals.

Zwar unterscheidet sich die heutige politische Stimmung maßgeblich von jener vor 100 Jahren, doch gilt auch heute, dass nur das gemeinsame Handeln der abhängig Beschäftigten eine gerechtere Verteilung von Wohlstand und Macht erzielen kann und damit zum sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beiträgt.

Jörg Hofmann,
Erster Vorsitzender IG Metall



Matrosen in Kiel, November 1918

Dr. Bert Hoppe

Novemberrevolution

9

Mit der Absetzung des Kaisers, der Ernennung des SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert zum Reichskanzler und der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918 vollzog sich in Berlin ein revolutionärer Machtwechsel, mit dem das alte Kaiserreich zu Ende ging. Die Novemberrevolution war der vorläufige Höhepunkt einer Krise, die sich in weniger als zwei Wochen zugespitzt hatte, nachdem die deutsche Seekriegsleitung die Hochseeflotte trotz der feststehenden Niederlage Ende Oktober in eine letzte Schlacht gegen die britische Royal Navy schicken wollte.

Die tieferen Ursachen aber lagen in den extremen Belastungen durch den jahrelang währenden Krieg, die vor allem die Arbeiterklasse betrafen, und die dadurch befeuerten Forderungen nach politischen und sozialen Veränderungen. Schon Ende Januar 1918 hatten die Betriebsobleute in Berlin einen mehrtägigen Metallarbeiterstreik organisiert, an dem sich schließlich mehrere Hunderttausend Menschen beteiligten. Die Streikenden forderten einerseits, den Krieg sofort zu beenden (Dok. 1), wegen der Lebensmittelkrisen standen andererseits aber auch soziale Fragen auf der Tagesordnung. Die Spannungen zwischen USPD und SPD sowie zwischen Revolutionären Obleuten und Gewerkschaftsführern zeigten sich erneut – den Streikenden wurde vorgeworfen, die Kriegsanstrengungen des Reichs zu untergraben (Dok. 2). Noch Anfang November 1918 wurde im „Vorwärts“ zur Zeichnung neuer Kriegsanleihen aufgerufen (Dok. 4).

Nach den ersten Befehlsverweigerungen von Matrosen gegen die Marineleitung am 28. Oktober breiteten sich die Proteste gegen die Fortsetzung des Krieges im ganzen Reich aus. In Halberstadt etwa forderte Alwin Brandes einen „sofortigen Friedensschluss“ (Dok. 3), in Kiel meuterten Matrosen und Soldaten und übernahmen am 4. November die Kontrolle über die Stadt. Binnen weniger Tage bildeten sich vielerorts Arbeiter- und Soldatenräte und stürzten die alte Ordnung. Im Kriegsministerium in Berlin sah man mit Entsetzen, wie immer



Bereits am 7. November 1918 wurde die Monarchie in Bayern gestürzt. Besetzung des Landtags in München durch revolutionäre Soldaten

10 mehr Soldaten zu den Aufständischen überliefen (Dok. 5) und versuchte, kaisertreue Truppen in Berlin zusammenzuziehen (Dok. 6).

Am 9. November erreichte die revolutionäre Welle Berlin – angeführt von den Revolutionären Obleuten aus den Reihen des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV). Sie standen meist dem linken Flügel der USPD nahe. Unter ihrem Einfluss trat die Arbeiterschaft in den Ausstand und bewegte sich in Demonstrationen, die Hunderttausende zählten, von den Betrieben in Richtung Stadtzentrum (Dok. 7, 8). Zahlreiche Soldaten der in Berlin stationierten Einheiten schlossen sich den Demonstranten an, in einigen Kasernen schossen Offiziere allerdings auf die Revolutionäre und töteten mehrere Arbeiter. Gegen Mittag erklärte Reichskanzler Max von Baden den Kaiser für abgesetzt und übergab Friedrich Ebert sein eigenes Amt. Trotz der Todesopfer vollzog sich der Machtwechsel (zunächst) weitgehend friedlich, was nach den Meldungen über den Aufmarsch bewaffneter Einheiten viele überraschte (Dok. 10, 12).

Ebert wollte die Entscheidung über die künftige Staatsform einer Nationalversammlung überlassen, um einen geordneten Übergang zur Demokratie zu ermöglichen. Als sich aber mittags die Nachricht verbreitete, Karl Liebknecht wolle die „sozialistische Republik“ ausrufen, trat Philipp Scheidemann an ein Fenster des Reichstags, um die „deutsche Republik“ auszurufen und Liebknecht somit zuvorkommen (Dok. 9). Liebknechts Proklamation von einem Balkon des Schlosses aus erfolgte zwei Stunden später. Ungeachtet der Beschwörung der Einigkeit der Arbeiterbewegung markierte diese doppelte Ausrufung der Republik deren endgültigen Bruch. Als tags darauf am 10. November der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin zusammentrat, versuchte man, diesen Bruch noch abzuwenden. Doch schon in den Eingangstatements von Friedrich Ebert, Hugo Haase und Karl Liebknecht traten die unterschiedlichen Einstellungen innerhalb der Arbeiterbewegung deutlich zutage (Dok. 11): Während Ebert den Umsturz für im Grunde überflüssig, wenn nicht sogar schädlich ansah und daher Probleme wie die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung als Hauptaufgabe bezeichnete, plädierte Haase für



Massenkundgebung auf dem Potsdamer Platz in Berlin, 9. November 1918

die „Festigung“ der „sozialistischen Revolution“, die sich den Forderungen des Bürgertums nicht beugen sollte. Liebknecht schließlich sah die Novemberrevolution bloß als ersten Schritt und forderte die Einführung eines Rätesystems.

Die zahlreichen Zwischenrufe, vor allem während Liebknechts Rede, bezeugen die steigenden Spannungen innerhalb der Arbeiterbewegung und die wachsende Aggressivität zwischen ihren Flügeln. Die Toten der Revolution galten nun auch nicht mehr nur als Opfer des Kampfes für den Sturz der Monarchie, sondern als Märtyrer der sozialen Sache (Dok. 13). Innerhalb der USPD bereitete der Spartakusbund um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Dezember 1918 die Abspaltung und Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands vor, die das Rätesystem notfalls gewaltsam durchsetzen sollte. Zugleich verdichteten sich die Hinweise, dass Rechtsextreme diese Versuche ihrerseits mit Gewalt schon im Keim ersticken wollten (Dok. 15). Unmittelbar nach der Niederschlagung des Spartakusaufstands durch Truppen unter der Führung Gustav Noskes Anfang Januar 1919 wurden Liebknecht und Luxemburg von Freikorps-Soldaten ermordet.

Auch innerhalb der USPD setzten sich die Auseinandersetzungen um den einzuschlagenden Kurs der Arbeiterbewegung und die politische Zukunft Deutschlands fort und vertieften die innerparteilichen Gräben. Während Alwin Brandes Anfang Dezember 1918 die Einberufung einer Nationalversammlung

gegen die Kritik verteidigte, damit werde den bürgerlichen Parteien zu viel Einfluss eingeräumt (Dok. 14), kritisierte Robert Dißmann, wenige Tage bevor die Nationalversammlung in Weimar zusammentrat, auf einem USPD-Parteitag, man habe damit „einen schnöden Betrug und einen Verrat am Sozialismus“ begangen (Dok. 16).



Passanten besichtigen die Zerstörungen am Nationaldenkmal vor dem Berliner Schloss nach den Kämpfen vom 24. Dezember 1918



Alwin Brandes, 1928

Alwin Brandes

Revolutionär – Reformier – Widerstandskämpfer (1866 – 1949)

Kaum zu glauben, aber wahr: Alwin Brandes, einer der bedeutendsten Gewerkschaftsfunktionäre der Weimarer Republik, ist faktisch in Vergessenheit geraten. Als langjähriger Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) gehörte er zu den einflussreichsten Gewerkschaftern der Weimarer Republik. Brandes war von 1919 bis 1933 einer der Vorsitzenden des DMV – damals nicht nur die größte Einzelgewerkschaft der Weimarer Republik, sondern sogar die größte der Welt. Brandes war Repräsentant seiner Gewerkschaft im Internationalen Metallarbeiterbund (IMB) und – mit kurzen Unterbrechungen – zwischen 1912 und 1933 ein einflussreicher Sozial- und Wirtschaftspolitiker im Deutschen Reichstag.

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 war Brandes einer der Initiatoren eines reichsweiten Widerstandsnetzwerkes, in dem sich zahlreiche Metallgewerkschafter gegen das NS-Regime engagierten. Nach 1945 gehörte Alwin Brandes zu den Kritikern der Entwicklung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in der Sowjetischen Besatzungszone zu einer partei- und staatsabhängigen Gewerkschaft.

Alwin Brandes durchlebte vier politische Systeme, in denen er trotz unterschiedlichster Hindernisse seine Ziele verfolgte. Ein bisher nahezu unbekanntes Kapitel der Vergangenheit stellt sein Engagement vor und während der Novemberrevolution dar.

Aus der ostsächsischen Provinz nach Magdeburg

Am 12. Juni 1866 in Großschönau (Sachsen) geboren, wuchs Alwin Brandes in einem kleinbürgerlichen Umfeld auf. Anfang der 1880er-Jahre absolvierte er eine Schlosserlehre. Danach war Brandes als Geselle in einer Magdeburger Maschinenfabrik tätig und qualifizierte sich zum Maschinenbauer. Bald darauf begab er sich – wie damals üblich – auf Wanderschaft, die ihn nach Halle und Leipzig führte. Der Aufenthalt in Halle bedeutete den ersten Schritt zu seiner Politisierung. Brandes soll damals sehr musikalisch gewesen sein. Er gehörte einem Gesangsverein an und spielte Geige. 1886 zog ihn das Militär ein. Sein Kompanie- und Bataillonsführer schlug ihm vor, sich beim Militär zu verpflichten. Doch Brandes lehnte ab. 1889 wurde er aus dem Militärdienst entlassen. Er heiratete Minna Bennemann.

Der hochqualifizierte Maschinenbauer Alwin Brandes nahm eine Tätigkeit im größten Magdeburger Betrieb, dem „Gruson-Werk“, auf. Zum Ende eines für



Alwin Brandes, vermutlich im Kreise der Familie, o.J.

die SPD erfolgreichen Jahres 1890 entschloss er sich, der zuvor durch das „Sozialistengesetz“ belasteten und nun rasant wachsenden Arbeiterpartei beizutreten. Der spätere DMV-Vorsitzende trat erst 1894 – vier Jahre nach seinem Beitritt zur SPD – der Gewerkschaft bei. Brandes wurde im Gruson-Werk „Vertrauensmann“. In seiner Funktion als Vertrauensmann forderte er damals für seine „radikalen“ Ideen bekannte junge Gewerkschafter eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Abschaffung der Sonntags- und Nachtarbeit und die Verbesserung des Unfall- und Arbeitsschutzes.

Auf Grundlage des vom SPD-Parteitag 1891 verabschiedeten „Erfurter Programms“ engagierte sich Brandes schon damals auf lokaler Ebene für ein allgemeines und gleiches Verhältnismäßigkeitsrecht, für den unentgeltlichen Zugang zu Schulbildung sowie die Sicherung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Daneben trat er für die Umwandlung des Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum ein. Erst dieses Ziel ermöglichte aus seiner Sicht die „Befreiung der Arbeiterschaft von der Kapitalherrschaft“. Gemäß dieser Maxime baute Brandes die Magdeburger DMV-Verwaltungsstelle, deren Leitung er ab 1900 übernahm, mit auf. Er war einer der ersten hauptamtlichen Funktionäre des DMV, die es überhaupt in Deutschland gab. Ab 1900 vertrat Brandes seine Partei als Mitglied der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung, in der er sich für hygienische Verbesserungen, Wohnungsbau und die Verbesserung der Situation

Alwin Brandes, 1885



von Erwerbslosen engagierte. Das Engagement für Erwerbslose sollte eine Art Lebensthema für ihn werden – eine Besonderheit seines Lebensweges.

Obwohl die Polizeibehörden die gewerkschaftliche Arbeit des DMV behinderten, erreichte der Verband auf lokaler Ebene Ende 1912 – im Jahr, als die SPD auf Reichsebene erstmals stärkste Partei wurde – eine hohe Mitgliederzahl. Im gleichen Jahr zog Brandes erstmals als Abgeordneter in den Reichstag ein. Nach kurzer Zeit seiner Tätigkeit machte er sich für die Einführung des Frauenwahlrechts stark. Brandes befasste sich auch im Reichstag in der Regel mit sozialpolitischen Fragen oder Arbeitsbedingungen in der Metall- bzw. Flottenindustrie. Am Ersten Weltkrieg nahm Brandes nicht aktiv teil. Er sah die „Burgfriedens“-Politik bereits Anfang 1915 kritisch, beschränkte sich zunächst jedoch darauf, eine Erweiterung der Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer zu fordern. Anfang 1916 beklagte er die „Opfer an Blut und Leben“ und die „Zerstörung der Kulturwerte von einer Größe, daß die Menschen sich kaum eine blasse Vorstellung davon machen können“. Aus seiner Sicht litt die Arbeiterschaft am „schlimmsten“ unter den Kriegsfolgen. Im Dezember 1916 gehörte Brandes zu den wenigen Abgeordneten der SPD-Fraktion, die sich im Reichstag bei der Verabschiedung des „Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst“ enthielten. Trotz seiner wachsenden Kritik an der Gewerkschaftsspitze im Zusammenhang mit deren kriegsunterstützender Politik versuchte der DMV-Funktionär, unter dem Eindruck der im April 1917 gegründeten USPD, eine vermittelnde Rolle einzunehmen. In der USPD sammelten sich Arbeiter und Soldaten, die zu Kriegsgegnern geworden waren. Einziges Element der USPD-Politik bestand in der Ablehnung der SPD-Politik im Zusammenhang mit der Weiterführung des Weltkrieges. Über die Frage, wie das kaiserliche Reich in eine andere Gesellschaftsordnung überführt werden könnte, gab es Kontroversen in der Partei. Der USPD schlossen sich in der Metallarbeiterschaft zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre an, so auch Alwin Brandes – aber erst im Dezember 1917, als die „Spaltung“ der Sozialdemokratie schon einige Monate vollzogen und eine aufs Neue hergestellte Einheit der Sozialdemokratie vorerst nicht in Sicht war.

Angesichts der Fortsetzung des Krieges und aufgrund der schlechten Ernährungslage vergrößerte sich die allgemeine Unzufriedenheit. Streikaktivitäten schwollen in Intervallen an. „Wilde“ Streiks entstanden als „Selbsthilfe“ gegen die Notlage, wobei Brandes – im Gegensatz zu den Spitzenfunktionären der Generalkommission der Gewerkschaften – Verständnis für den Unmut

16 und die Aktionsformen zeigte. Seine Befürchtung: die Gewerkschaftsbewegung werde wie die SPD gespalten. Aus Sicht von Brandes machten die Streikaktivitäten 1917/18, die vorrangig „von unten“ entstanden, deutlicher als je zuvor, dass sich eine Bewegung formiert hatte, die bereit war, an den Vorständen der Gewerkschaften bzw. an der Generalkommission als oberstem Gremium aller Gewerkschaften „vorbeizuhandeln“.



Arbeiterrat der AEG in Hennigsdorf bei Berlin, Ende 1918

Alwin Brandes und die Novemberrevolution

Die Revolution vollzog den Übergang von einer konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie. Nachdem sich am 29. Oktober 1918 die Matrosen der kaiserlichen Hochseeflotte in Wilhelmshaven geweigert hatten, zu einer letzten Entscheidungsschlacht gegen die britische Flotte auszulaufen und sich nur wenig später, ab 3. November 1918, der Aufstand über Kiel auf das Reichsgebiet ausbreitete, begann die eigentliche Erhebung in Magdeburg am Morgen des 8. November 1918. Zur Mittagszeit standen eine Reihe Betriebe still. Eine Gruppe Soldaten drang in das Rathaus ein und hisste die rote Fahne. Nach und nach beteiligten sich die Belegschaften der Großbetriebe an Versammlungen. Mehr spontan als gezielt wurde ein Generalstreik proklamiert. Der Menschenauflauf am Domplatz in der Innenstadt Magdeburgs wuchs am frühen Nachmittag auf über 40 000 Personen an. Ein „Ausschuss zur Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates“, der sich um die Mittagszeit infolge einer Verständigung zwischen lokaler USPD- und SPD-Parteileitung gegründet hatte, veranstaltete eine Kundgebung auf dem Domplatz. Den gleichberechtigten Vorsitz des Ausschusses übernahmen Alwin Brandes für die USPD und Ernst Wittmaack für die SPD sowie ein Vertreter der Soldaten. Sie stellten sich die Aufgabe, Plünderungen und Gewalt zu verhindern und dem provisorischen Gremium bis zur Konstituierung eines ordentlich gewählten Arbeiter- und Soldatenrates vorzustehen. Brandes versuchte, sich an die Spitze der revolutionären Bewegung zu setzen. Als Magdeburger DMV-Bevollmächtigter sprach Brandes als erster zur Menschenmenge auf dem Domplatz und rief den Demonstranten entgegen:

17 „Heute ist ein Feiertag für Magdeburg! Das alte Regiment ist gestürzt. Das Regiment, unter dem die Bevölkerung viel zu leiden hatte. An seine Stelle tritt ein neues Regime, daß Befreiung von jeder Knechtschaft auf seine Fahne geschrieben hat.“ Zugleich erklärte Brandes, „niemand“ habe mehr einen Zweifel daran, dass der Krieg, der vier Jahre „gewütet“ habe, vom Kaiserreich „in frivoler Weise vom Zaune gebrochen“ worden sei. Endlich habe diese verhängnisvolle militärische Konfrontation ein Ende. Jeder Versuch, diesen Krieg fortzuführen, werde von den Soldaten und Arbeitern vereitelt werden: „Kiel hat die Antwort gegeben. Im begeisternden Bunde der Brüder im Soldatenrock haben die Arbeiter die Revolution gemacht. Schluß mit aller Unterdrückung. Was wir errichten wollen, ist die soziale Volksrepublik.“ Es folgte „brausender“ Beifall.

Dass es gelang, die unkontrolliert agierende Bewegung in geordnetere Bahnen zu lenken, war nicht zuletzt eine Folge des integrativen Handelns von Brandes. Er, der es im Gegensatz zu den SPD-Vertretern vermochte, sowohl die Interessen der gemäßigteren Kräfte zu berücksichtigen als auch auf die radikaleren Kräfte Einfluss zu nehmen, erklärte zudem: „Die beiden sozialistischen Parteien am Orte haben sich geeinigt und über die vorzunehmenden Schritte verständigt. Ein Arbeiter- und Soldatenrat wird die Gewalt in die Hand nehmen. Jede Eskadron, Kompanie und Batterie hat einen Abgeordneten dazu zu wählen. In den Fabriken wird auf je 250 Mann ein Vertreter zu wählen sein. So soll die neue Ordnung durchgeführt werden, dazu brauchen wir die Mithilfe aller.“



Kundgebung am 8. November 1918 auf dem Magdeburger Domplatz, bei der Alwin Brandes sprach

18 Zum Ende der Kundgebung verlas ein Unteroffizier „Forderungen beider sozialdemokratischer Parteien“ SPD und USPD. Sie forderten „die Einführung der sozialen Republik und der völligen, unverzüglichen Demokratisierung Deutschlands“. Zugleich erwarteten die Revolutionäre vom Arbeiter- und Soldatenrat die Übernahme der „Sorge für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Magdeburg“. Außerdem wurden die „Vereidigung der Armee auf die Verfassung“, die sofortige Aufhebung der Briefzensur und die Freilassung politisch Gefangener gefordert.

Brandes übernahm nun offiziell die Rolle des Vermittlers zwischen radikaleren Vertretern der USPD und den reformorientierten Mehrheitssozialisten. Am 10. November 1918 erklärte er: „Gebildet werden soll nun ein Exekutiv-Ausschuß in Stärke von acht Personen. Es sollen in diesen Ausschuß delegieren: die alte sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratie, das Gewerkschaftskartell, der Soldatenrat je zwei Personen.“ In den Exekutivausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates wurden für die SPD Hermann Beims und Ernst Wittmaack delegiert, für die USPD Alwin Brandes und Albert Vater. Wittmaack und Brandes wurden zu gleichberechtigten Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Damit standen dem Ausschuss sowohl ein USPD- als auch ein SPD-Vertreter vor. Zudem übernahm Brandes die Funktion des Beigeordneten des „Demobilisierungsamtes“. Schließlich hatte man mit dem Magistrat der Stadt Magdeburg zuvor ein Abkommen geschlossen, nach dem Beauftragte zur Überprüfung der Verwaltung aus den Reihen der Arbeiter und Soldaten bestimmt werden sollten. Gleichzeitig einigten sich die Revolutionäre – ohne eine zentrale Beschlusslage abzuwarten – auf die sofortige Einführung des Acht-Stunden-Tages – eine Forderung, die Alwin Brandes seit 1912 regelmäßig im Reichstag erhoben hatte.

In den kommenden Wochen beschäftigte sich der Ausschuss damit, den in weiten Teilen der Bevölkerung grassierenden Hunger einzudämmen. Auch Probleme, die beispielsweise die hygienischen Verhältnisse und den Schutz vor Epidemien anbelangten, beschäftigten den Arbeiter- und Soldatenrat und dessen oberstes Gremium. Die Verbesserung der Gesundheit war ein Thema, für das sich Brandes ebenfalls seit Jahren im Stadtparlament stark gemacht hatte. In einem von Brandes veröffentlichten Aufruf, der vor allem an die Soldaten gerichtet war, ist zu lesen, alle „Geschlechtskranken, die nicht als gesund aus den Lazaretten entlassen worden“ seien, rufe der Rat auf, sich „im eigenen und im Interesse der öffentlichen Gesundheit“ zur „Weiterbehandlung“ zu melden.

19

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Nr. 264. Magdeburg, Sonntag den 9. November 1918. 2. Jahrgang.

An die Bevölkerung Magdeburgs

An die Soldaten!

Wahet die Anse und Bejourntheit! Es darf zu keinem Unterliegen kommen!
Polizei- und Militärverwaltung haben Befehl gegeben, daß nicht auf die Bevölkerung geschossen werden darf!
Halbt die Kinder und alle halbwichrigen Burken und Mädchen zu Hause! Sie stoßern durch ihre Earmst unangenehme die Erregung. Weht selber nicht unangenehme auf die Straße! Schließt die Fenster! Pflückerungen und Gewalttätigkeiten müssen unter allen Umständen vermieden werden!
Es wird ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der die Verhandlungen führt. Wartet seine Anordnungen ab!

Die Revolution in Magdeburg.

Auf dem Generalcomando

Die Revolution in Magdeburg ist ein Ereignis, das sich nicht nur in der Stadt, sondern in der ganzen Provinz abspielt. Es ist ein Kampf um die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt.

Am Bahnhof.

Die Revolution in Magdeburg ist ein Ereignis, das sich nicht nur in der Stadt, sondern in der ganzen Provinz abspielt. Es ist ein Kampf um die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt.

An der Kasse.

Die Revolution in Magdeburg ist ein Ereignis, das sich nicht nur in der Stadt, sondern in der ganzen Provinz abspielt. Es ist ein Kampf um die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt.

Unter Mägen!

Die Revolution in Magdeburg ist ein Ereignis, das sich nicht nur in der Stadt, sondern in der ganzen Provinz abspielt. Es ist ein Kampf um die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt. Wir müssen uns für die Revolution einsetzen, die uns die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes bringt.

20 Der Exekutivausschuss mit Brandes an der Spitze versuchte, gegenüber der Verwaltung und den Militärkommandos seine Autorität durchzusetzen. Brandes verfolgte dabei das Ziel, die Kompetenz des Exekutivausschusses zu erhöhen, um dessen Machtposition auszubauen.

Seinen begrenzten Handlungsspielraum erkannte er selbst – Brandes setzte auf einen langsamen Prozess der Umwandlung überkommener Strukturen. Dabei strebte er auch eine enge Kooperationen mit links-liberalen Kräften des Bürgertums an – unter anderem ein Bündnis mit dem Magdeburger „Bürgerrat“, der im Zuge der Revolution von liberalen Interessenvertretern des Bürgertums gebildet worden war. Man war sich dabei einig, der Adel müsse seine Macht abgeben, um eine demokratische Staatsform errichten zu können. Bei der Frage um die konkrete Form der Demokratie zeigten sich jedoch unterschiedliche Vorstellungen – nicht nur zwischen Arbeiter- und Soldatenrat einerseits und „Bürgerrat“ andererseits, sondern auch innerhalb des vielfältig zusammengesetzten Arbeiter- und Soldatenrates. Hier gab es immer wieder Diskussionen hinsichtlich der Ausprägung der Basisdemokratie.

Viele Fragen und Probleme vermochte der Exekutivausschuss nicht zu lösen. Durch den Krieg war die Finanzsituation der Kommune zerrüttet. Zugleich stiegen nach wie vor die Erwerbslosenzahlen. In Bereichen wie der Landwirtschaft und im Bergbau hingegen mangelte es aufgrund der Rückführung von Kriegsgefangenen an Arbeitskräften. Brandes konstatierte wenige Wochen später: „Das Wirtschaftsleben ist ein Trümmerhaufen. [...] Wir wollen das Glück, das Wohlergehen aller. Dazu bedarf es der Mitarbeit aller und unermüdlicher Aufklärung. [...] Wenn wir mehr erreichen wollen, müssen wir fernhalten, was unsere Arbeit stört. Wehe dem Volke, wenn es den Gegnern wieder gelingt, die politische Macht zu erringen.“



Das durch Artilleriefeuer vom 24. Dezember 1918 beschädigte Schloss

Da es mehrmals zu Plünderungen kleinerer Geschäfte gekommen war, wiederholte der Exekutivausschuss seinen nach Beginn des Umsturzes erlassenen Aufruf zur „Ruhe und Ordnung“. Offenbar fürchtete Brandes eine Gefährdung der erlangten Erfolge. Als Folge zu radikalen Auftretens befürchtete er die Gefahr einer „Gegenrevolution“ monarchistischer oder rechtsradikaler Kräfte. Allerdings war ihm auch bewusst, dass für die SPD mit der Regierungsübernahme das zentrale Ziel erreicht war. Er hatte erkannt, dass bei den Sozialdemokraten wenig Interesse vorhanden war, die weitergehenden Ziele der USPD nach Ablösung aller alten Eliten und nach bedingungsloser Sozialisierung zu unterstützen. Brandes war sich in den letzten Wochen des Jahres 1918 bewusst darüber, dass einige der Ziele der USPD in den Hintergrund zu geraten schienen.

Gegenrevolution und Gefangener von Gustav Noske

Mit Alwin Brandes' tagespolitischen Überlegungen verbunden war von Ende 1918 bis Mitte 1919 die Idee einer von der Rätebewegung ausgehenden Demokratisierung der politischen und ökonomischen Institutionen – das heißt, mit Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte eine sozialistische Perspektive anzustreben. Sie beinhaltete einen schrittweisen Prozess hin zum Bruch mit den Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft und Verwaltung. Dies bedeutete keineswegs, dass er der Einberufung einer Nationalversammlung skeptisch gegenüber stand: „In der Frage der Nationalversammlung darf man sich weder von rechts noch von links beeinflussen lassen. Denen von links, die in der schnellen Einberufung der Konstituante eine Gefahr sehen, rufe er zu: Habt mehr Vertrauen zur Arbeiterschaft, mehr Vertrauen zur Bevölkerung!“ Im Jahr 1919 kritisierte Brandes regelmäßig die zögerlichen Versuche der Sozialisierung der Industrie und konstatierte eine Zurückdrängung der Rätebewegung. Aufgrund der „Rücksichtnahme“ auf Regierung und kaiserliche Offiziere sei die Sozialisierung nicht erfolgt, so Brandes.

Kundgebung der USPD am 8. Dezember 1918 gegen den Militärputschversuch vom 6. Dezember



22 Diese Einschätzung und eine noch weitergehende Opposition zur Politik der SPD bildeten sich bei ihm Schritt für Schritt im Zuge der nachrevolutionären Ereignisse heraus. Eine tatsächliche gesellschaftliche Veränderung war seines Erachtens nur dann möglich, wenn die Arbeiter- und Soldatenräte zu „machtvollen“ Organen ausgebaut würden.

Für Brandes und den Arbeiterrat beinhaltete eine Sozialisierung die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Großbetrieben. Die Eigentumsverhältnisse in Klein- und Mittelbetrieben wollte der von Brandes angeführte Ausschuss hingegen nicht antasten, da Produktivitätseinbußen befürchtet wurden. Unklar blieb, wo die Grenze zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieb verlief. Da sich die Hoffnungen auf wirtschaftliche Veränderungen nicht einstellten, sah es der Arbeiter- und Soldatenrat Anfang 1919 als seine vordringlichste Aufgabe an, die Legitimität seiner Existenz herauszustellen. Der Umstand, dass sich das Verhältnis zwischen SPD und USPD weiter verschlechterte, führte dazu, dass Brandes sich in dieser Phase als Verteidiger der Revolution sah und Repressalien zu erdulden hatte.

Dass die Macht der Räte vom ersten Tag ihres Bestehens schwand und der alte Behördenapparat wieder entscheidenden Einfluss bekam, lag nicht zuletzt an der Zusammensetzung der Räte-Gremien selbst. Deren Mitglieder blieben sich über viele Ziele ihres eigenen Wirkens unklar. So war es keineswegs verwunderlich, dass die meisten Arbeiter die Revolution nach den ersten Erfolgen

als erledigt ansahen. Die Mehrheit stand hinter der SPD-Politik und begnügte sich mit Hoffnungen auf Reformen. Auf Reichsebene führte die Entscheidung des Reichsrätekongresses, eine parlamentarische Demokratie zu unterstützen, zum Zerwürfnis zwischen USPD und SPD. Über die Frage der Fortführung der Revolution – für Brandes spielte nach wie vor die Frage der Vergesellschaftung des Privateigentums die zentrale Rolle – bestanden deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen und innerhalb der linken Parteien. Die kontroversen Diskussionen in der USPD um die Grundsatzbeschlüsse des Rätekongresses und der Waffeneinsatz gegen die bekannte Volksmarinedivision zum Weihnachtsfest in Berlin, führten Ende Dezember 1918 zum Austritt der USPD aus der Regierung.

Auch in Magdeburg, wo die Situation ruhiger als in Berlin war, wurde der Konsens, eine strategische Allianz von SPD und USPD aufrechtzuerhalten, infrage gestellt. Unabhängig davon beschloss die Reichsregierung, allen Soldatenräten die Kommandogewalt zu entziehen. Der in Magdeburg ansässige Zentralsoldatenrat des 4. Armeekorps nahm eine herausragende Rolle ein, um die Kontrolle über die militärischen Kommandostellen zu erhalten. Daher baten die Soldatenräte Brandes Ende März 1919 um Unterstützung. Brandes sollte – wie so oft bisher und künftig – als Vermittler tätig werden, um die Auflösung zu verhindern. Brandes erklärte, die Auflösung der beiden Armeekorps könne er nicht missbilligen, da die Arbeiterschaft bereits „seit langem mit Recht die völlige Auflösung des alten Heeres verlange, aber ebenso müsse die Entlassung der Offiziere verlangt werden“. Zugleich versprach er, dass gegen die „ungleiche Behandlung Front gemacht werden“ müsse. Dies könne „am besten auf dem am 8. April 1919 stattfindenden Rätekongreß gemacht werden, auf welchem ja jedes Armeekorps durch Delegierte vertreten“ sei, so Brandes.

Am Abend des 2. April 1919 trat der Exekutivausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates zusammen. Nachdem der offizielle Teil des Treffens abgehandelt war und man beschlossen hatte, sich beim Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) zu beschweren, blieb der Kreis noch länger zusammen. Brandes hielt einen Redebeitrag, in dem er mit Hinweis auf die Radikalisierung des mitteldeutschen Generalstreiks die Meinung vertrat, die Revolution sei in eine neue Phase eingetreten. Nach späteren eigenen Angaben wies Brandes auf die „mit jedem Tage zunehmende Gärung der breiten Massen der Arbeiter und Angestellten hin“: „In der Bewegung der Arbeitslosen, der Kriegsbeschädigten, ganz besonders aber in den Massenstreiks der Bergarbeiter, zu denen in



Agitationswagen
des DMV bei einer
Gewerkschafts-
demonstration in Berlin,
1926

letzter Zeit gewaltige Streiks der Angestellten und Beamten in der Metallindustrie und Bankgewerbe“ hinzugekommen seien, seien „Flammenzeichen einer neuen Phase zu sehen, in welche die Revolution eingetreten wäre.“ Außerdem soll Brandes – nach Angaben in einem USPD-Protokoll – folgende Aussage als eine Art Zusammenfassung des Diskussionsstandes verkündet haben: „Nur Toren könnten annehmen, daß diese gewaltigen Erhebungen von einzelnen Hetzern angezettelt würden. [...] Nur durch eine zündende Parole mit sofort nachfolgenden Taten könne das Vertrauen der Massen wiedergewonnen werden. Diese Parole sei: ‚Durchführung des Sozialismus mit Hilfe des Rätesystems!‘“

Soweit sich Informationen rekonstruieren lassen, sollen sich daraufhin der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske und lokale SPD-Funktionäre – an erster Stelle Hermann Beims – im Ziel einig gewesen sein, die Magdeburger Soldatenräte und die USPD zu schwächen. Schließlich ging es darum, eine Entscheidung herbeizuführen, wer dort in Zukunft die Macht ausübte. Man beschloss die Verhaftung des prominenten USPD-Räteführers Alwin Brandes und zweier einflussreicher Soldatenräte. Es wurde am 4. April 1919 auch eine Falschmeldung in Tageszeitungen lanciert, wonach die USPD unter Brandes' Führung – zusammen mit Soldatenräten – eine „Militär-Revolte“ vorbereitet habe. Gustav Noske wandte sich an Reichsjustizminister Otto Landsberg (SPD) mit der Bitte, die Strafverfolgung zu forcieren. Landsberg ließ ein Ermittlungsverfahren gegen Brandes mit dem Vorwurf der „Aufforderung zur Befehlsverweigerung“, der „Bildung bewaffneter Gruppen“, der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ sowie wegen „Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz“ einleiten.

Am Abend des 6. April 1919 nahmen drei Offiziere Brandes fest und brachten ihn zur Untersuchungshaft nach Berlin. Nachdem sich die Information herumgesprochen hatte, Brandes sei verhaftet worden, breitete sich nach Angaben der SPD-nahen „Volksstimme“ in der dort ansässigen Arbeiterschaft Unmut aus.



Reichswehrminister Gustav Noske
im Gespräch mit General Walther
von Lüttwitz, 1920

Der in den Wochen zuvor zerstrittene Exekutivausschuss erklärte: „Der Exekutivausschuß hat sofort Maßnahmen ergriffen, um eine Aufklärung in dieser Angelegenheit und Freilassung herbeizuführen.“ In Reaktion auf die Verhaftung von Brandes legten nahezu alle Magdeburger Metallarbeiter und Eisenbahner die Arbeit nieder. Tausende Arbeiter demonstrierten für die Freilassung.

Waren durch die vermittelnde Position von Brandes bislang schwerwiegende Auseinandersetzungen in Magdeburg verhindert worden, sollte in den nächsten Tagen infolge von Brandes' Verhaftung, aber auch aufgrund anderer Faktoren eine Entwicklung einsetzen, bei der es zu massiven Gewalttätigkeiten kam. Es gab Schießereien zwischen radikalisierten Arbeitern und der Polizei, Tote und Schwerverletzte.

Der USPD-Politiker Emil Barth, der aus Protest gegen Friedrich Eberts Regierungspolitik den Rat der Volksbeauftragten verlassen hatte, kontaktierte Reichswehrminister Noske. Barth wollte die Freilassung von Brandes erwirken. Interessanterweise ist eine Notiz zu dem deshalb geführten Telefongespräch mit Noske erhalten geblieben. Diese Notiz verdeutlicht, wie sehr Noske daran gelegen war, Brandes festzusetzen: „Brandes ist auf meine Veranlassung ver-

haftet worden, weil unter der Leitung von dem Unabhängigen Brandes eine Sitzung von Soldatenräten stattgefunden hat für Magdeburg und Umgegend. In dieser Soldatenratssitzung sind Besprechungen geflogen worden, wo über bewaffneten Widerstand gegen die Reichsregierung gesprochen wurde. Das[s] Brandes verhaftet [worden] sei, sei sehr gut und wenn die Magdeburger Arbeiter aus diesem Grunde in den Streik getreten sind [...], dann können die Magdeburger Arbeiter lange streiken. Brandes wird zweifellos wegen dieser Geschichte der Prozess gemacht werden und da wird ein Streik der Magdeburger Arbeiter nichts daran ändern“, so Noske. Brandes wurde unterstellt, er

Zerstörtes Wohn- und Geschäftshaus in Berlin-Friedrichshain nach Kämpfen im März 1919



26 habe als „Kopf“ der „Verschwörung“ einen gewaltsamen „hochverräterischen Putsch“ anzetteln wollen. In Reaktion auf die Verhaftung von Brandes wurde vonseiten radikalisierten Soldaten und USPDler Reichsjustizminister Otto Landsberg in Geiselhaft genommen, der sich in Magdeburg ein Bild von der Lage machen wollte. Ihm warfen USPD- und KPD-Anhänger Mitverantwortung für die Verhaftung von Brandes und der beiden Soldatenräte vor. Brandes distanzierte sich in der Haft von der Geiselnahme. Dennoch wurde ihm unterstellt, von den Entführungsplänen gewusst und diese sogar gebilligt zu haben.

Brandes ließ sich unterdessen durch Rechtsanwälte – unter anderem durch den prominenten USPD-Politiker Hugo Haase – vertreten. Die Anwälte wiesen die Behauptung zurück, Brandes habe sich an konspirativen Treffen beteiligt. Schließlich wurde Brandes wenige Tage später, am 12. April 1919 – vor allem auf Grund des öffentlichen Drucks – aus der Haft entlassen. Aus Sicht des Ermittlungsrichters beim Kriegsgericht ließ sich eine Beteiligung von Brandes „in einer Weise, die den Schluss des Verbrechens des Hochverrats zulasse, nicht beweisen“. Auch die Soldatenräte kamen auf freien Fuß, da sich deren

Aufrufe hinsichtlich eines Umsturzes ebenfalls nicht individuell belegen ließen. Brandes, um den es damals einen regelrechten „Personenkult“ gegeben haben soll, kehrte nach Magdeburg zurück. Er war enttäuscht – enttäuscht von Teilen der SPD und der Tatsache, dass die Revolution sich nicht mehr weiterentwickelt hatte, sondern Gewalt die Idee des Räteystems diskreditierte.

Bereits am 9. April 1919 – als Brandes noch in Haft war – waren Regierungstruppen unter dem Kommando des Generals Georg Maercker in Magdeburg eingerückt. Maercker hatte von Noske den Befehl erhalten, den Protest niederzuschlagen. Nicht zuletzt sollten so die Soldatenräte entmachtet werden. Doch die Entscheidung zum

Alwin Brandes, 1949



Militäreinsatz gegen Magdeburg war wohl schon früher gefallen, weil die Soldatenräte ihre Kommandogewalt nicht hatten abgeben wollen. Das unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates stehende Wachregiment und die im Zuge der Revolution geschaffene „Bürgerwehr“ erklärte Maercker für aufgelöst. Auch die Arbeiter- und Soldatenräte sollten von nun an nur noch getrennt existieren und mussten unter Kontrolle der Kommandeure agieren, so dass dieser Beschluss einer Auflösung der Rätestrukturen unter den Militärs gleichkommen musste. Zugleich wurde der Exekutivausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates in seinen Kontrollrechten und Machtbefugnissen eingeschränkt. Brandes kritisierte in ungewöhnlich scharfer Weise den Truppeneinmarsch in Magdeburg, die mehrwöchige Belagerung der Stadt und die „Intrigen“, die zu seiner Verhaftung geführt hätten. Nach einigen Wochen entschied sich Brandes für eine Weiterarbeit im geschwächten Exekutivausschuss und im Magistrat, in den er neugewählt worden war. Aus Sicht nicht weniger am linken Rand stehender DMV-Mitglieder sollte unterdessen das Räteystem als „Träger“ politischer Macht sowohl die Gesetzgebung als auch die Verwaltung vereinigen und „über“ den Parteien und Gewerkschaften stehen – eine radikale Position, gegen die sich Brandes deutlich aussprach. Die Versuche radikalisierten Kommunisten und USPDler, die Revolution durch Aufstandsversuche neu zu beleben, lehnte er strikt ab. Nur ein Jahr später wurde die Rätebewegung auf den betrieblichen Bereich beschränkt.

Die Auseinandersetzungen um seine Inhaftierung beförderten die gewerkschaftliche und politische Karriere von Brandes. Er konnte seine Popularität steigern. Diese Entwicklung führte dazu, dass er in größeren Teilen des DMV an Anerkennung gewann. Im Oktober 1919 gelang es der vielfältigen USPD, im DMV als einziger größerer Gewerkschaft in der Verbandsführung dominierenden Einfluss zu erlangen. Letztlich halfen Brandes die Ereignisse rund um die Revolution dabei, als einer von drei gleichberechtigten Vorsitzenden – neben Robert Dißmann und Georg Reichel – bis in das Führungsgremium des DMV aufzusteigen.

Die Revolution entlässt Alwin Brandes – Was war, was blieb?

Im DMV blieben Konfrontationen und innere Spannungen erhalten. Brandes vermittelte innerverbandlich zwischen der anfangs in die Minderheit geratenen SPD-Fraktion auf der „rechten“ Seite und der Linksaußen-Position, die – nach dem Anschluss des linken Flügels der USPD an die KPD Ende 1920 – meist von Kommunisten besetzt wurde. Im Laufe der Zeit trat die ursprüngliche „Rätefrage“

28 – auch im Kontext der kommunistischen Oppositionsarbeit im DMV – in den Hintergrund. Die KPD orientierte sich an einem „Rätemodell“ nach sowjetischem Muster, das sich von ursprünglichen Rätetheorien immer weiter entfernt hatte. Für Brandes spielten diese Debatten nur insofern eine Rolle, weil er sich mit einer organisierten Opposition der Kommunisten auseinandersetzen musste. Die Kommunisten sahen gerade wegen seiner reformistischen Gewerkschaftspolitik in Brandes zunehmend einen Feind. Und aus Sicht von Brandes war der Bolschewismus mindestens genauso gefährlich wie der Faschismus. Brandes kämpfte als überzeugter Demokrat und vehementer Verteidiger der Weimarer Republik bald für die „Wiedervereinigung“ von SPD und „Rest“-USPD, die 1922 stattfand. Nun war er – trotz aller Konflikte – in die Partei zurückgekehrt, aus der einige Jahre zuvor gekommen war.

Nach dem überraschenden Tod Robert Dißmanns im Jahr 1926 wurde Brandes die unbestrittene Leitfigur des DMV. Oft hob Brandes in seinen zahlreichen Reden und Aufsätzen die Beteiligung aller Freien Gewerkschaften in wirtschaftspolitischen Räten und Ausschüssen hervor. Zugleich wurde von ihm die Beteiligung der Gewerkschaften an politischen Prozessen als ein 1918 im Kampf errungenes „Mitbestimmungsrecht“ über die Gestaltung der Wirtschaft im Interesse des aktuellen und künftigen Gemeinwohls gedeutet. Für Alwin Brandes als Verfechter reformorientierter wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen war es selbstverständlich, die Erweiterung der „Betriebsdemokratie“ zur Grundlage einer Erweiterung der Mitbestimmung von Gewerkschaftsvertretern bei der Kontrolle wirtschaftspolitischer Körperschaften zu verlangen. Dies schloss die Kontrolle der Monopole, die planmäßige Produktionsförderung und – etwas später – die Gründung gewerkschaftlicher Unternehmen mit ein.

Brandes konnte in der Weimarer Zeit seine Handlungsmöglichkeiten hinsichtlich der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Lohnabhängigen zeitweise recht erfolgreich ausschöpfen. Unter dem Druck von Weltwirtschaftskrise und Massenerwerbslosigkeit ab 1929 sah er sich jedoch immer weniger in der Lage, gewerkschaftliche Kämpfe nach außen und innen erfolgreich zu führen. Trotz erheblichen Zweifeln gestaltete er die verhängnisvolle „Anpassungspolitik“ an das NS-Regime im Frühjahr 1933 mit. Nachdem diese „Anpassungspolitik“ gescheitert war, betätigte er sich bald nach der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 im Widerstand. Der Beitrag von Brandes zum gewerkschaftlichen Widerstand gegen das NS-Regime war auch deshalb so umfangreich, weil er auf jahrelang gewachsene Kontakte, die



Erstürmung des
Gewerkschaftsgebäudes
am Engelufer durch
SA und NSBO
am 2. Mai 1933

bis zur Novemberrevolution und ins Kaiserreich zurückreichten, zurückgreifen konnte. Diese Solidarität wirkte sowohl bei seinem Engagement in der DMV-Widerstandsgruppe als auch bei Verbindungen zu anderen Gruppen – erwähnt seien die „Illegale Reichsleitung“ der Gewerkschaften und seine Kontakte zu Wilhelm Leuschner und dessen Widerstandsnetzwerk sowie zu internationalen Gewerkschaftsorganisationen.

Der Lebensweg von Alwin Brandes ist eng verflochten mit bedeutenden historischen Ereignissen des vergangenen Jahrhunderts. Soweit es möglich war, engagierte er sich in den politischen Systemen, in denen er lebte, für eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. In dem Maße, wie der zeitliche Abstand zum letzten Jahrhundert zunimmt und sich sowohl die Arbeiterschaft als auch gewerkschaftliche Politik verändert haben, ermöglichen Diskussionen über Gewerkschaftsgeschichte und deren wichtigste Akteure im 20. Jahrhundert eine Diskussion über gesellschaftliche Verhältnisse in Vergangenheit und Zukunft.

Im Herbst 2019 – anlässlich des 75. Todestages von Alwin Brandes – erscheint zum IG-Metall-Verbandstag in Nürnberg von Siegfried Mielke und Stefan Heinz die Biografie „Alwin Brandes (1866–1949): Oppositioneller – Reform – Widerstandskämpfer“ (www.metropol-verlag.de)



Revolutionäres Militär verteilt in den Straßen von Berlin Flugblätter, 9. November 1918

Dokumente

Dok. 1

Karl Retzlaw erinnert sich an den Beginn des Berliner Metallarbeiterstreiks vom Januar 1918 (Memoiren von 1971)

Die Vertrauensmänner der Betriebe hatten aus ihrer Mitte einen engeren Kreis, die „Obleute“, gebildet, die einen Funktionär des Metallarbeiterverbandes, Richard Müller, zu ihrem Vorsitzenden gewählt hatten. Richard Müller war Mitglied der USPD, zu der sich auch die Mehrheit der Obleute bekannte. Diese Körperschaften kamen des Öfteren zusammen, nicht nur, um über die Hilfsmaßnahmen gegen den Hunger zu beraten, auch, um gegen die Fortsetzung des Krieges zu protestieren. Sie forderten sogar den Vorstand der USPD auf, den allgemeinen Streik auszuweiten. Zu einer solchen Kraftprobe fühlte sich der Vorstand jedoch nicht stark genug und lehnte ab. Die Betriebsvertrauensleute hatten richtig erfasst, dass die jetzige Situation politische Forderungen und Aufgaben verlangte, die eigentlich die Führung durch eine politische Partei notwendig machte. Dass der Vorstand der SPD den Kampf nicht führen konnte und auch nicht wollte, verstand sich von selbst. So lag die Leitung des Streiks bei den Obleuten der Betriebsvertrauensleute. Es musste schnell gehandelt werden. Wir erfuhren jetzt auch, dass in Österreich vor mehreren Tagen, Mitte Januar, große Streiks ausgebrochen waren, in deren Verlauf Arbeiterräte gebildet wurden. Die Stärke und Ausbreitung der österreichischen Streiks alarmierten die deutschen Militärbehörden und die mit ihnen verbundenen Gewerkschaftsführer, die alles taten, um ein Übergreifen nach Deutschland zu verhindern. Am Kaiser-Geburts-tag, dem 27. Januar 1918, war die Polizei in Berlin bei Paraden beschäftigt. So eignete sich dieser Tag am besten zu einer unbewachten Versammlung der Vertrauensleute; hier wurde der Streik für den nächsten Tag beschlossen. Am Morgen des 28. Januar stand ich mit anderen Vertrauensleuten frühzeitig am Tor meiner Arbeitsstelle und forderte jeden Eintretenden auf, ohne Kleiderwechsel zum Arbeitsplatz zu gehen. Nachdem die Belegschaft vollständig war, ging ich durch die Abteilungen und gab die Losung aus, zu einer Versammlung in die große Werkhalle zu gehen. Ich war in der Zwi-

schenszeit von den Vertrauensleuten der Abteilungen meiner Arbeitsstelle zum „Obmann“ und Sprecher gewählt worden. Auf einem Tisch in der Mitte der Versammelten stehend, begann ich meine Rede. Die wenigen Sätze, die ich sprach, habe ich noch in Erinnerung, da sie mir zustimmend von den Kollegen, anklagend von der Polizei der Kommandantur und vom Untersuchungsrichter beim Reichsgericht immer wieder vorgehalten wurden. „Wir streiken nicht aus Kohlrübengründen, wir streiken, um den Krieg zu beenden!“, schrie ich mit der erheblichen Lautstärke, die mir gegeben war: „Wir wollen Frieden ... , wir wollen dem Kaiser und seinen Generälen keine Waffen mehr liefern! Wir wollen Verbrüderung mit der russischen Revolution. ... Wir wollen streiken, bis der Krieg beendet ist! Es lebe die russische Revolution, es leben Lenin und Trotzki!“ So wiederholte ich meinen Aufruf, immer wieder unterbrochen von den Zurufen der über tausend begeisterten Frauen und Männer. So ging es wohl eine halbe Stunde lang, bis sich alles etwas beruhigte und ich den Kollegen sagen konnte, dass am Nachmittag die Versammlung der Obleute aller Betriebe stattfinden würde, und dass sie jetzt nach Hause gehen und sich am Vormittag des nächsten Tages vollzählig am Fabriktor versammeln sollten.

Dok. 2

Cläre Casper, Mitglied der Leitung des Berliner Metallarbeiterstreiks vom Januar 1918, erinnert sich, wie innerhalb der Sozialdemokratie über den Ausstand diskutiert wurde (Memoiren von 1958)

Am 28. Januar 1918 brach der Munitionsarbeiterstreik aus. Die Revolutionären Obleute hatten die Verbindung zu allen Betrieben. Über 500.000 Arbeiter standen im Streik, der sich über ganz Deutschland ausbreitete und um politische Forderungen geführt wurde. Die Streikenden hatten eine Streikleitung gewählt, die aus zehn Kollegen und mir, also einer Kollegin, bestand. Die Streikleitung wurde durch parlamentarische Vertreter ergänzt, und zwar von der SPD durch die Reichstagsabgeordneten Ebert, Scheidemann und Braun und von der USPD

durch Haase, Dittmann und Ledebour. Die Vertreter der SPD aber waren auf Beschluss ihres Parteivorstandes nur in die Streikleitung eingetreten, um den Streik zu bremsen und ihn schnellstens zu beenden. ... Die militärischen Kommandostellen verhängten den verschärften Belagerungsstatus, unterstützt von den verräterischen SPD- und Gewerkschaftsführern.

Anfang Februar brach der Streik ab, und am 4. Februar nahmen die Betriebe die Arbeit wieder auf. Ein großer Teil der streikenden Kollegen wurde eingezogen; diese erhielten auf ihrer Einziehungsorder den Vermerk „Kohlen“. Damit waren sie in der Truppe als revolutionäre Elemente gekennzeichnet. Ungeheure Zuchthausurteile wurden von den reaktionären Gerichten gefällt, aber trotz alledem – der revolutionäre Funke war gelegt und glühte weiter. In der ersten Sitzung der Arbeiterinnenkommission nach dem Streik, die von dem zweiten Vorsitzenden des [Berliner] DMV, Siering, geleitet wurde, machte er mir die schwersten Vorwürfe, weil ich als Frau der Streikleitung angehört hatte. Wir seien schuld, sagte er, dass durch die Unterbrechung der Munitionslieferungen unsere Truppen schwere Verluste gehabt hätten. Ich erklärte ihm, dass durch die Weiterführung des Krieges



Cläre Casper, o. J.

Friedensdemonstration
Matrosen in Kiel, November 1918



die Verluste an Menschenleben viel größer seien, und daran seien er und seine Parteifreunde schuld. Ein großer Teil der Funktionärinnen stimmte meinen Worten begeistert zu.

Dok. 3

Das „Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend“ berichtet über eine USPD-Veranstaltung mit Alwin Brandes am 29. Oktober 1918 (Ausgabe vom 10.11.1918)

Zu einer wuchtigen Kundgebung für den Frieden und die sozialistische Republik wurde eine öffentliche Volksversammlung am 29. Oktober in Halberstadt, die von der dortigen Ortsgruppe unserer Partei einberufen war, in der Reichstagsabgeordneter Brandes, der Vertreter des Kreises Halberstadt im Reichstag, über „Frieden und Freiheit“ sprach. Von 6 Uhr strömten die Arbeiter dem größten Saal Halberstadts zu, der mit seinen Galerien und Nebenräumen schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung eine solche Überfüllung aufwies, dass die Polizei abspernte. 3200 waren im Saal, Tausende fanden keinen Einlass mehr. Die 1 1/4-stündige Rede fand die stürmische Zustimmung der Versammlung. Eine Entschliebung, die sich mit der Haltung des Genossen Brandes einverstanden erklärt, sofortigen Friedensschluss verlangt und das werktätige Volk zur Arbeit für den Sieg des Sozialismus aufruft, wurde einstimmig angenommen. Die Versammlung war auch eine Antwort der Arbeiter Halberstadts auf die Hetze, welche von der Kreisleitung der Scheidemänner gegen Brandes betrieben worden war.

Dok. 4

Anzeige im „Vorwärts“ vom 2. November 1918
Reichstag und Regierung sind einig in dem festen Willen, den Kriegsanleihe-Zeichnern gegenüber des Reiches Ehrenpflicht zu erfüllen, jede Verkürzung ihrer Rechte abzuwehren und ihnen, soweit es angeht, Erleichterungen und Vergünstigungen zu gewähren. Darum zeichnet die Kriegsanleihe!

Dok. 5

Hauptmann Gustav Böhm, Adjutant im Preussischen Kriegsministerium, schildert am 6. und 7. November 1918 in seinem Tagebuch die Furcht vor der bevorstehenden Revolution

6. XI. Die bolschewistische Gefahr wächst. In Kiel, Lübeck, Hamburg weht die rote Flagge. Demgegenüber viel Gerede, aber wenig Taten ... Die Aufforderung des Kriegsministers, mit Energie alle Maßnahmen zur Unterdrückung der Revolution zu betreiben, wird anscheinend nur ganz mangelhaft ausgeführt. Der ganze militärische Apparat scheint wie von einer Lähmung befallen.

8. XI. Meines Erachtens kann die Heimat der revolutionären Bewegung mit bewaffneter Hand aus eigener Kraft nicht mehr Herr werden. Die gründlich ausgekämmten Ersatztruppenteile sind blutleere Gebilde ohne jeden militärischen Wert. Die Masse ist von dem Wahn ergriffen, dass die Revolution den Frieden bringt und vielleicht einen glimpflicheren, als ihn der Kaiser erhalten würde. Solche Gedanken sind umso gefährlicher, als man sie nicht mit Gewehren totschießen kann.

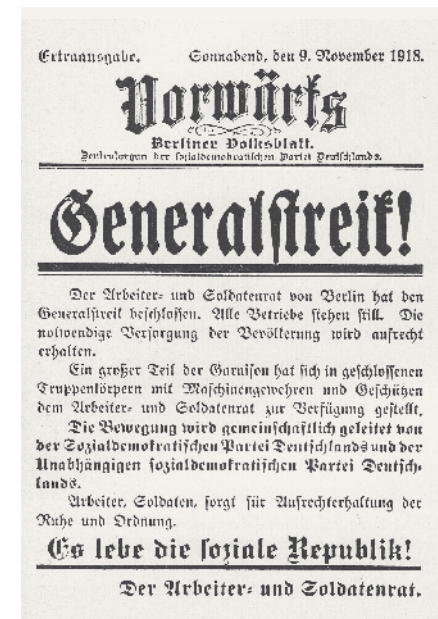
Dok. 6

Richard Müller, Kopf der Revolutionären Obleute, erinnert sich an die gespannte Lage in Berlin am Vorabend der Revolution

Am 8. November abends stand ich am Halleischen Tor. Schwer bewaffnete Infanteriekolonnen, Maschinengewehr-Kompagnien und leichte Feldartillerie zogen in endlosen Zügen an mir vorüber. ... Das Menschenmaterial sah recht verwegen aus. Es war im Osten zum Niederschlagen der russischen Arbeiter und Bauern und gegen Finnland mit Erfolg verwendet worden. Kein Zweifel, es sollte in Berlin die Revolution des Volkes im Blute ersäufen ... Jetzt, wo die Stunde der Entscheidung nahte, erfasste mich ein beklemmendes Gefühl, eine große Sorge um meine Klassengenossen, um das Proletariat. Ich selbst kam mir angesichts der Größe der Stunde beschämend klein und schwach vor. Kein unfehlbarer Führer zeigt dem Proletariat die Pfade, die es zu wandeln hat.

Dok. 7

Faksimile des Vorwärts vom 9. November 1918 mit dem Aufruf zum Generalstreik



Dok. 8

Das Berliner Tageblatt berichtet am Abend des 9. November 1918 über die Ereignisse des Vormittages

In Anbetracht der sich überstürzenden Ereignisse seien die Meldungen hier chronologisch nach ihrem Eintreffen wiedergegeben:

Zehn Uhr: Bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft haben die Arbeiter in sämtlichen Fabriken die Arbeit niedergelegt. Die kaufmännischen Büros sind von der Verwaltung abgeschlossen worden. In der Brunnenstraße bildete sich ein Zug von mehreren tausend Arbeitern, die unter Vorantragung von Fahnen für einen sofortigen Friedensschluss demonstrierten.

Zehneinhalb Uhr: In Moabit haben die streikenden Arbeiter die Führer der Straßenbahnwagen gezwungen, die Wagen halten zu lassen.

Wo diese den Anordnungen nicht gehorchten, wurden die Wagen umgerissen und die Leitungsdrähte durchgeschnitten. Zugleich zog um dieselbe Zeit ein Zug von etwa 15000 Arbeitern vom Norden der Stadt nach dem Zentrum zu. Soldaten trugen große Plakate, auf denen geschrieben stand: „Freiheit! Frieden! Brot! Brüder, schießt nicht, kommt zu uns!“ ...

Elfeinhalb Uhr: Die Straßenbahnwagen bleiben plötzlich stehen und bilden lange Reihen. Man erfährt bald, dass es den Streikenden gelungen ist, zum Teil den elektrischen Strom zu unterbrechen ...

Zwölf Uhr: Bisher liegen Mitteilungen über Arbeitsniederlegungen noch aus folgenden Werken vor: Daimler-Werke Marienfelde, Geschloßfabrik von Otto Jochmann Borsigwalde, Sillex-Werke, fast sämtliche Fabriken in Weißensee, Knorr-Bremse AG, Stock & Co. in Mariendorf, Fritz Werner Aktiengesellschaft Mariendorf, Siemens & Halske, Argus-Motorenfabrik Reinickendorf. Bei Schluss des Blattes erfahren wir noch, dass die Arbeit niedergelegt wurde in folgenden Fabriken: Borsig, Akkumulatorenfabrik Oberschöneweide, Mix & Genest, Kraußer & Co, Neukölln ...

Das Berliner Rathaus ist mit bewaffneten Schutzleuten besetzt. Seit gestern Nachmittag ist der große Bürgersaal des Rathauses mit Polizei belegt. Der große Hof des Rathauses



Übergabe der Garde-Ulanen-Kaserne an die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin, 9. November 1918

gleichet einem Kriegslager. Hier ist die berittene Berliner Schutzmannschaft in großer Eile zusammengezogen. Auf dem Turm des Rathauses sind mehrere Posten aufgestellt; sie winken der in der Königsstraße sich ansammelnden großen Menschenmenge mit roten Tüchern zu. Die Menge erwidert begeistert die Grüße. Die Büroarbeiten im Rathause gehen ruhig ihren Gang weiter.

Zwölfeinhalb Uhr: Aus den südlichen Vororten ziehen seit etwa zehn Uhr Vormittags Trupps streikender Arbeiter teils der Peripherie der Stadt zu, teils sammeln sich diese Trupps, denen sich auch Soldaten anschließen, zu größeren Zügen, die sich gegen das Innere der Stadt zu bewegen. In der Invalidenstraße, an der Gardefüsilierkaserne, ist es zu großen Demonstrationen gekommen. Angeblich sind Schüsse gefallen, Straßenbahnwagen werden teilweise beschädigt.

Unter den Linden wogt eine große Menschenmenge auf und ab. Große Gruppen bilden sich um Soldaten, die sich als Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates bezeichnen und Ansprachen halten. Soldatenpatrouillen suchen die Menge in großer Höflichkeit zu zerstreuen. Das Haupttelegraphenamt in der Französischen Straße und das Hauptpostamt in der Spandauer Straße ist vom Militär beschützt. Auf die noch verkehrenden Straßenbahnlinien wird natürlich ein förmlicher Sturm von Passanten ausgeführt.

Zwölfdreiviertel Uhr: Das Schloss ist in weitem Umfange abgesperrt. Auch die Zugänge zum Schloss sind mit Militär besetzt, das keinen Passanten durchlässt. Besonders wird das Reichsmarineamt [heute Bundesverteidigungsministerium] bewacht. Alle Brücken, die dort über den Kanal führen, die Ausgänge der Bendlerstraße, der Hohenzollernstraße, der Friedrich-Wilhelm-Straße und so weiter sind mit Maschinengewehren und Truppenposten besetzt. Das in diesen Straßen wohnende Publikum studiert den zur Verteidigung des Reichsmarineamts entworfenen Schlachtplan mit sehr gemischten Gefühlen.



Philipp Scheidemann ruft vom Reichstagsgebäude die deutsche Republik aus

Dok. 9

Philipp Scheidemann erinnert sich, wie er am 9. November 1918 vom Reichstag aus die Republik ausgerufen hat (Bericht von 1924)

Am 9. November 1918 glich der Reichstag schon in den Morgenstunden einem großen Heerlager. Arbeiter und Soldaten gingen ein und aus. Viele trugen Waffen. Mit Ebert und anderen Freunden saß ich hungrig im Speisesaal. Es gab wieder nur eine dünne Wassersuppe. Da stürmte ein Haufen von Arbeitern und Soldaten in den Saal. Gerade auf unseren Tisch zu. Fünfzig Menschen schrien zugleich: „Scheidemann kommen Sie mit uns. Philipp, Du musst hier raus und reden. ... vom Schlossbalkon aus redet Liebknecht.“ – „Na, wenn schon.“ ... Dutzende redeten auf mich ein, bis ich mit ihnen ging. Die große Wandelhalle zeigte ein dramatisch bewegtes Bild. Gewehre waren wie Pyramiden zusammengestellt. Vom Hofe herauf hörte man Pferdegetrappel und Gewieher. In der Halle schienen Tausend gleichzeitig zu reden und zu schreien. Wir gingen eiligen Schrittes dem Lesesaal zu. Links und rechts von mir redeten meine Begleiter auf mich ein. Zwischen dem Schloss und dem Reichstag – so wurde versichert – bewegten sich ungeheure Menschenmassen hin und her. „Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen.“ Was? Nun sah ich die Situation klar vor Augen. Deutschland eine russische Provinz? Eine Sowjetfiliale? Nein! Tausendmal nein! Kein Zweifel, wer jetzt die Massen vom Schloss her bolschewistisch oder vom Reichstag zum Schloss hin sozialdemokratisch in Bewegung bringt, der hat

gesiegt. Ich sah den russischen Wahnsinn vor mir, die Ablösung der zaristischen Schreckensherrschaft durch die bolschewistische. Nein, nein! Nur nicht auch das noch in Deutschland nach all dem anderen Elend. Schon stand ich im Fenster. Vieltausende von Armen reckten sich, um die Hüte und Mützen zu schwenken. Dann wurde es still. Ich sprach nur wenige Sätze.

Dok. 10

Der Theologe und liberale Politiker Ernst Troeltsch berichtet Ende November 1918, wie die Nachrichten über die Revolution aus der Innenstadt nach Charlottenburg drangen



Bürgerliche in Charlottenburg lauschen am 10. November 1918 den Soldaten

Am Sonnabend, dem berühmten 9. November, wurde ich von einem Bekannten im Scherz als „bayerischer Republikaner“ begrüßt: in meiner bayrischen Heimat war die Republik erklärt worden. Ich hielt das bei meiner Kenntnis Bayerns für einen hauptstädtischen Putsch, der sich aus der Unbeliebtheit des Königs und den fremden Arbeitermassen erklären mochte, der aber jedenfalls nur etwas Vorübergehendes sein könne. Im Westen von Berlin merkte man noch nichts. Als ich mittags nach Hause fuhr, kam vom Charlottenburger Schlossplatz her ein Soldat gelaufen und sprang auf die Trambahn mit der Meldung, dort [in der Berliner Innenstadt] rissen „sie“ den Offizieren Säbel und Achselstücke ab. Ein Leutnant kam und beruhigte die Leute mit der Meldung, der Kaiser habe

abgedankt. Nachmittags war mein Junge beim Schuster, der zugleich Landsturmmann war; er hatte aus der Kaserne Leder, Lebensmittel usw. in großer Masse „gerettet“ und war noch unverschämter als sonst; in der Kaserne sei alles aus; der Major habe den Säbel hingeworfen und gerufen: Es ist zu Ende; dann seien sie alle nach Hause gegangen. Die Mittagzeitung meldete die Ernennung von Ebert zum Reichskanzler, eine ganz unverständliche Meldung. Abends kamen mehr Zeitungen, sie berichteten den Sieg der Revolution in Berlin, sowie die Marine-Meuterei in Kiel und Wilhelmshaven. Am nächsten Sonntagmorgen nach banger Nacht ward das Bild aus den Morgenzeitungen klar: der Kaiser in Holland, die Revolution in den meisten Zentren siegreich, die Bundesfürsten im Abdanken begriffen. Kein Mann tot für Kaiser und Reich! Die Beamtenschaft in den Dienst der neuen Regierung getreten! Die Fortdauer aller Verpflichtungen gesichert und kein Sturm auf die Banken!

Sonntag, den 10. November, war ein wunderbarer Herbsttag. Die Bürger gingen in Massen wie gewöhnlich im Grunewald spazieren. Keine eleganten Toiletten, lauter Bürger, manche wohl absichtlich einfach angezogen. Alles etwas gedämpft wie Leute, deren Schicksal irgendwo weit in der Ferne entschieden wird, aber doch beruhigt und behaglich, dass es so gut abgegangen war. Trambahnen und Untergrundbahn gingen wie sonst, das Unterpfand dafür, daß für den unmittelbaren Lebensbedarf alles in Ordnung war. Auf allen Gesichtern stand geschrieben: Die Gehälter werden weiterbezahlt.

Dok. 11

Friedrich Ebert, Hugo Haase und Karl Liebknecht sprechen auf der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 10. November 1918 die Einführungsworte

Barth eröffnet, feiert die Revolution, ehrt die Opfer, zu deren Gedächtnis die Versammelten sich erheben, und führt den Beschluss herbei, die Gefallenen [des Vortages] im Friedrichshain feierlich beizusetzen.

(Rufe: Auf Kosten Berlins.)

Ebert: Die Ernährung darf nicht durch Unordnung gefährdet werden. Das wäre das Allerschlimmste für die Demokratie. Die Demobilisierung ist sofort durch gründlichste Arbeit vorzubereiten. Die großen Aufgaben verlangen vor allem, dass der alte Bruderstreit begraben wird. (Stürmischer Beifall.) Heute Nachmittag ist zwischen der USPD und der SPD eine Verständigung über die Zusammensetzung der Regierung zustande gebracht worden. (Stürmischer Beifall.) Das Kabinett besteht aus je drei Vertretern beider Parteien. Nun gilt es, gemeinsam den Aufbau der Wirtschaft auf den Grundsätzen des Sozialismus vorzunehmen. Es lebe die Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Soldaten, es lebe die soziale Republik Deutschlands! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Haase: (lebhaft begrüßt): Ich will lediglich bestätigen, dass die USPD sich mit der SPD über die Bedingungen einer gemeinschaftlichen Regierung geeinigt hat, von dem Bestreben geleitet, die Kraft des Proletariats und der Soldaten ungebrochen zu erhalten. Wir wollen die Errungenschaften der großen, der sozialistischen Revolution befestigen und zwar im Geiste des internationalen Sozialismus. Die Regierung wird eine sozialistische sein, ihre Mitglieder werden gleichberechtigt nebeneinander stehen, auf die politische Leitung werden Bürgerliche keinen Einfluss haben, wohl aber werden die beste-



Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 10. November 1918 im Zirkus Busch



Einzug bewaffneter Arbeiter und Anhänger der Revolution in den Berliner Marstall im November 1918

henden Institutionen dazu benutzt werden, um Verkehr, Wirtschaft und Ernährung nicht ganz zusammenbrechen zu lassen. Wir werden alles tun, damit sich die Konterrevolution nicht erhebt, sondern die Riesenopfer, die die Revolution gekostet hat - dazu rechne ich die ganzen Opfer des Weltkrieges - nicht umsonst gebracht sind, dass eine neue Welt aus den Trümmern erstet. Es lebe die neue Welt. Es lebe die soziale Republik Deutschland (Stürmischer Beifall), es lebe die Internationale! (Beifall und zweifelnde Rufe.)

Liebknecht: (mit großem Beifall begrüßt): Ich muss Wasser in den Wein Eurer Begeisterung schütten. Die Gegenrevolution ist bereits auf dem Marsche, sie ist bereits in Aktion! (Rufe: Wo denn?) Sie ist bereits hier unter uns! Wer hat zu Ihnen gesprochen, waren das Freunde der Revolution? (Rufe: Nein! - Lebhaftige Gegenrufe: Ja!) Lesen Sie, was nach dem Willen des Reichskanzlers Ebert (Ruf: Ohne den wären Sie noch gar nicht da!) der „Vorwärts“ geschrieben hat. Das war eine Verleumdung der Revolution, die gestern geschlagen worden ist. Es drohen Gefahren für die Revolution von vielen Seiten. (Rufe: Von Ihnen!) Gefahren nicht nur aus den Kreisen die bis dahin das Heft in der Hand gehabt haben, als Scharfmacher, Agrarier, Junker, Kapitalisten, Imperialisten, Monarchisten, Fürsten, Generäle, sondern auch von jenen, die heute mit der Revolution gehen und vorgestern noch Feinde der Revolution waren. (Stürmische Unterbrechung: Einigkeit, Einigkeit! - Gegenrufe: Nein! - Rufe: Abtreten!) Seid vorsichtig in der Wahl der Männer, die Ihr in die Regierung setzt, in der Wahl Eurer Führer, die Ihr vertrauensvoll in die Soldatenräte setzt. Die

Soldatenräte müssen die Träger der Rätegewalt in erster Linie sein. Die Rätegewalt kann nicht in nennenswertem Maße in die Hände von Offizieren gelegt werden. Der einfache Soldat in allererster Linie muss das Heft in der Hand behalten. (Lebhaftige Rufe: Geschieht ja!) In der Provinz sind verschiedentlich höhere Offiziere als Soldatenräte gewählt worden. (Widerspruch) Ich sage Euch: Feinde ringsum! (Rufe: Tatsachenverdrehen!) In heimtückischer Weise wird die Soldatenorganisation von den Feinden der Revolution für ihre Zwecke ausgenutzt. (Andauernde Unruhe) Ich weiß, wie unangenehm Ihnen diese Störung ist, aber wenn Sie mich erschießen - ich werde das aussprechen, was ich für richtig halte. Der Triumph der Revolution wird nur möglich sein, wenn sie zur sozialen Revolution wird, nur dann wird sie die Kraft besitzen, die Sozialisierung der Wirtschaft, Glück und Frieden für alle Ewigkeit zu sichern. (Teilweiser Beifall, andauernde Unruhe. - Erneute Rufe: Einigkeit!)

Dok. 12

Theodor Wolff, Chefredakteur des liberalen Berliner Tageblatts, kommentiert am 10. November 1918 den Umsturz in Berlin

Die größte aller Revolutionen hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazu gehörte, gestürzt. Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist. Es gab noch vor einer Woche einen militärischen und zivilen Verwaltungsapparat, der so verzweigt, so ineinander verfädelt, so tief eingewurzelt war, dass er über den Wechsel der Zeiten hinaus seine Herrschaft gesichert zu haben schien. Durch die Straßen von Berlin jagten die grauen Autos der Offiziere, auf den Plätzen standen wie Säulen der Macht die Schutzleute, eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war, in Berlin wenigstens, das alles noch da. Gestern Nachmittag existierte nichts mehr davon.

Dok. 13
Der Korrespondent der „Freiheit“ schildert am 21. November 1918 die Beisetzung der acht Revolutionsoffer im Friedrichshain

Auf dem östlichen Teile des historischen [Tempelhofer] Paradenfeldes, nicht weit von der Stätte, die so oft der Schauplatz eines militärischen Gepränges war, fand um elf Uhr vormittags die Trauerfeier für die Opfer der Berliner Revolutionstage statt. Hier war ein großes, zweieinhalb Meter hohes Holzpodium in der Nacht zum Mittwoch errichtet worden. Auf dem schwarz gehaltenen Unterbau erhob sich in fünf Meter Höhe ein wuchtiger rotflammender Aufbau. ... Ununterbrochen rückten von allen Seiten die Abordnungen der Groß-Berliner Truppenteile, der Gewerkschaftsverbände und fast sämtlicher großer und mittlerer Fabrikunternehmungen Groß-Berlins heran. Überall wehten die roten, umflorten Fabrikbanner und Fahnen. ...

Ein leichter Regen geht hernieder, als sich der Zug [zum Friedrichshain] in Bewegung setzt. Eine Ehrenkompanie des Alexanderregiments mit der Kapelle, dasselbe Regiment, das einst aufgefordert wurde, auf Mutter und Bruder zu schießen, eröffnete ihn. Die Kranzdeputationen schließen sich an, ein unabsehbarer Zug der Vertreter aller Fabriken mit mächtigen Gebin-

Trauerzug vor dem Berliner Schloss
 am 20. November 1918



Beisetzung der Revolutionsoffer in Berlin,
 am 20. November 1918

den, mit Fahnen, Standarten und Tafeln. Rot, rot überall ... Vor der Wache am Zeughaus halten wir. Die Ehrenkompanie grüßt mit drei Salven die toten Kameraden, eine kurze Ansprache, und weiter geht es vorbei am Schloss, vorbei am Marstall, der Stätte, wo die meisten gefallen sind. An allen Fenstern Soldaten und Matrosen, die sofort einen Zug improvisieren und Salve auf Salve, Schuss auf Schuss den Toten zu Ehren in die Luft feuern. Die Zahl der roten Fahnen an den Häusern wird immer größer. Die Toten kehren in ihre eigene Stadtgegend zurück, wo sie gewohnt und gearbeitet haben. Am Landsberger Tor löst sich der Zug auf. Durch das Spalier unzähliger Kränze kommen einige hundert Menschen zur geöffneten Grabstätte. Hier findet die Feier ihr Ende und ihren Höhepunkt. Man steht in der Nässe und im kalten Wetter unter den entlaubten Bäumen, in deren schwarzen Ästen die roten Fahnen, die um das Grab aufgestellt sind, wehen. ... Sarg auf Sarg wird in die kühle Erde geleitet. ...

Dok. 14
Alwin Brandes spricht am 9. Dezember 1918 in Magdeburg über die Kritik an der geplanten Nationalversammlung von links und rechts

In der Frage der Nationalversammlung darf man sich weder von rechts noch von links beeinflussen lassen. Denen von links, die in der schnellen Einberufung der Konstituante [Verfassungsgebende Versammlung] eine Gefahr sehen, rufe ich zu: Habt mehr Vertrauen zur Arbeiterschaft, mehr Vertrauen zur Bevölkerung! Es ist ein Fehler, dass man sich im sozialdemokratischen Lager noch streitet über die Zweckmäßigkeit der Nationalversammlung, während die bürgerlichen Parteien schon eine außerordentlich rege Werbearbeit entfalten. Die Nationalliberalen allerdings, die es vor kurzer Zeit noch abgelehnt

hatten, auch nur die besonderen lokalen Verschlechterungen des Dreiklassenwahlrechts zur Stadtverordneten-Versammlung zu beseitigen, haben kein Recht, sich jetzt über Mangel an Demokratie zu beklagen. Sie haben auch kein Recht, darüber Beschwerde zu erheben, dass die Nationalversammlung nicht sofort einberufen wurde. Auf der anderen Seite haben aber auch die Arbeiter keinen Grund zu der Befürchtung, dass die Nationalversammlung den Arbeitern und Soldaten die Errungenschaften der Revolution wieder entreißen könne. Man kann voller Zuversicht sein, dass die Nationalversammlung die Revolution zu ihrem sozialistischen Ziele weiterführen werde.

Dok. 15
Rosa Luxemburg schildert in einem Brief an Clara Zetkin am 24. Dezember 1918 die bevorstehende Spaltung der USPD und erwähnt Warnungen der Polizei vor Mordanschlägen
 Liebste Clara, heute sitze ich zum ersten Mal seit Breslau an meinem Schreibtisch, und will Dir einen Weihnachtsgruß senden. Wieviel lieber wäre ich zu Dir gefahren! Aber davon kann keine Rede sein, da ich an die Redaktion angekettet bin und jeden Tag dort bis Mitternacht in der Druckerei bin, um auch den Umbruch zu beabsichtigen, außerdem treffen bei diesen aufgeregten Zeiten erst um zehn und elf Uhr nachts die dringendsten Nachrichten und Weisungen ein, auf die sofort reagiert werden muss. Dazu fast jeden Tag vom frühen Morgen Konferenzen und Besprechungen, dazwischen noch Versammlungen, und zur Abwechslung alle paar Tage die dringende Warnung von „amtlichen Stellen“, dass Karl [Liebknecht] und mir von Mordbuben aufgelauert wird, so dass wir nicht zu Hause schlafen sollen, sondern jede Nacht anderswo Obdach suchen müssen, bis mir die Sache zu dumm wird und ich einfach wieder nach Süddeutschland zurückkehre. So lebe ich in Trubel und in der Hatz seit dem ersten Augenblick und komme nicht zur Besinnung. ... Hier spitzen sich die Verhältnisse zu, sowohl außen zu Ebert-Leuten wie innen in der USP. Du erhältst wohl die „Rote Fahne“ jetzt regel-

mäßig und siehst, dass wir nicht aufhören, nach einem Parteitag zu schreien. Gestern erfolgte darauf die förmliche Absage. Die Partei ist in voller Auflösung.

Dok. 16
Robert Dißmann spricht sich Anfang März 1919 auf dem Parteitag der USPD gegen den Parlamentarismus und für das Räte-system aus

Wir sind uns klar geworden, seit dem Rufen nach der Nationalversammlung, dass der Ruf und die Verwirklichung der Nationalversammlung nichts anderes bedeuten, als einen schnellen Betrug und einen Verrat am Sozialismus. Wenn die Regierungssozialisten in das Horn hineingeblasen haben schon vor der Nationalversammlung, so ist der Unkenruf dem Umstand zu verdanken, schleunigst wieder mit den Bürgerlichen paktieren zu können, und den Sozialismus zu verraten. Tatsache ist, dass wir heute das Räte-system erkannt haben als das Kampfinstrument für das revolutionäre Tribunal, um damit den Sozialismus zu verwirklichen.

Karl Liebknecht am 21. Dezember 1918
 im Tiergarten bei einer Ansprache während der Beisetzung der Opfer vom 6. Dezember 1918





Richard Müller redet auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der vom 16. bis 20. Dezember 1918 im Preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin stattfand.

Kurzbiografien

Robert Dißmann (1878–1926)

Der gelernte Maschinenbauer Dißmann trat 1897 der SPD und dem Deutschen Metallarbeiterverband bei, für den er von 1900 bis 1908 als hauptamtlicher Geschäftsführer arbeitete, zuerst für Elberfeld-Barmen, dann für Frankfurt am Main. Von 1908 bis 1917 war er für die SPD als Parteisekretär tätig. Da Dißmann die Bewilligung weiterer Kriegskredite und die Burgfriedenspolitik der Parteiführung ablehnte, gründete er 1917 mit anderen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und war bis 1919 ihr Bezirkssekretär in Frankfurt. Auch innerhalb des DMV vertrat er die Oppositionsbewegung gegen die Burgfriedenspolitik und wurde damit so zu einem der wichtigsten Vertreter des linken Flügels innerhalb des Metallarbeiterverbands. Ab 1919 einer von drei formal gleichberechtigten Vorsitzenden des DMV (neben Alwin Brandes und Georg Reichel), stieg er zu einem der prominentesten Gewerkschafter in Deutschland auf. Nach der Novemberrevolution sprach sich Dißmann zunächst für das Räteystem nach sowjetischem Vorbild und gegen den Parlamentarismus aus, nahm davon bald aber wieder Abstand. Nachdem sich die USPD gespalten hatte, kehrte er daher 1922 wieder in die SPD zurück, für die er bis zu seinem Tod 1926 im Reichstag saß. Nach Dißmanns Tod wurde Alwin Brandes die unangefochtene Leitfigur des DMV.

Robert Dißmann (rechts) im Kreise von DMV-Funktionären, Anfang der 1920er-Jahre



Richard Müller

41

Richard Müller (1880–1943)

Der Dreher Richard Müller trat 1906 der SPD und dem Deutschen Metallarbeiterverband bei, in dem er 1915 zum Leiter der Berliner Dreherbranche aufstieg. Aus Protest gegen die Burgfriedenspolitik begründete er 1916 in Berlin maßgeblich die Revolutionären Obleute mit, 1917 trat er zur USPD über. Im April 1917 und im Januar 1918 gehörte er zu den Organisatoren politischer Massenstreiks, im Januar 1918 übernahm er den Vorsitz des entsprechenden Aktionsausschusses und wurde nach Niederschlagung des Ausstandes zum Militärdienst eingezogen. Von Oktober 1918 an übernahm Müller wieder die Führung der Revolutionären Obleute und koordinierte am 9. November 1918 die Besetzung der Regierungsgebäude in Berlin durch die Revolutionäre. Am 10. November wurde Müller zum Vorsitzenden der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin gewählt. Innerhalb des DMV, dessen Leitung er seit 1919 als Chefredakteur der „Metallarbeiterzeitung“ angehörte, trat er für ein rätedemokratisches Konzept ein, das über die Betriebsebene hinausgehen sollte, von den DMV-Delegierten im Juni 1919 jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde. Ende 1920 trat er zur KPD über, in der er aber bald ebenfalls an Einfluss verlor, weil er die Aufstandsversuche der KPD von 1921 kritisierte. Wann sein 1922 eingeleitetes Parteiausschlussverfahren abgeschlossen wurde, ist unbekannt. Müller zog sich aus der aktiven Politik zurück und arbeitete

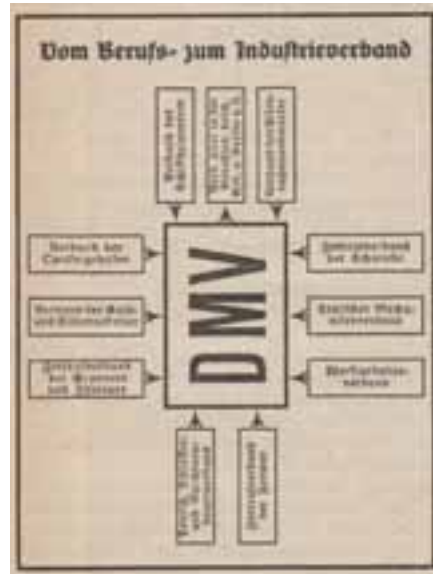
als Publizist – so verfasste er eine dreibändige Geschichte über die Novemberrevolution. Von Ende der 1920er-Jahre an war Müller in der Immobilienbranche tätig und blieb auch nach 1933 in Deutschland.

Max Urich (1890–1968)

Der 1890 in Suhl geborene Max Urich schloss sich mit sechzehn Jahren den Jugendorganisationen von SPD und Deutschem Metallarbeiterverband an. Von 1912 an arbeitete er bei der AEG in Berlin, ein Jahr später wurde er Branchenleiter der Maschinen-, Motoren- und Autoschlosser im Berliner DMV. 1917 trat er der USPD bei. Seit 1919 arbeitete er als hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär und stieg schließlich 1928 zum Ersten Bevollmächtigten der DMV-Verwaltungsstelle Berlin auf. Von 1919 an war er außerdem Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung, zunächst für die USPD, von 1922 an für die SPD. Die SA inhaftierte ihn im Mai 1933 für mehrere Wochen. Nach seiner Freilassung schloss er sich als Gewerkschaftsvertreter der illegalen Leitung der Berliner SPD an. Von 1935 bis 1939 wurde er in verschiedenen Konzentrationslagern festgehalten, darunter in Sachsenhausen und Buchenwald. Anschließend fand er wieder Kontakt zu ehemaligen Gewerkschaftskollegen, mit denen er ein loses illegales Verbindungsnetz in Deutschland aufbaute. Neben Alwin Brandes gehörte Max Urich zu den bedeutendsten Akteuren des metallgewerkschaftlichen Widerstandes gegen den NS-Staat.



Max Urich



Anschlüsse von anderen Verbänden an den DMV, 1928

Nach dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 wurde Urich erneut festgenommen, konnte aber 1945 auf dem Transport in das Konzentrationslager Flossenbürg fliehen. 1946 trat er der SED bei und amtierte als Landrat in Gotha, bis er 1948 in einem Schauprozess zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde. Nach seiner Entlassung floh er 1951 nach West-Berlin, wo er zunächst als Beauftragter der IG Metall für Berlin arbeitete und von 1955 an für die SPD im Abgeordnetenhaus saß.

Bildquellen: (nach Seitenzahlen)

- Titel: Bundesarchiv, Bild-Nr. 183-18594-0045
 S. 3: Bundesarchiv, Bild-Nr. 183-B0527-0001-810
 S. 4: Fotograf: Frank Schnelle
 S. 6: Fotograf: Frank Rumpenhorst
 S. 8: Bundesarchiv, Bild-Nr. 183-J0908-0600-002
 S. 9: Bundesarchiv, Bild-Nr. 183-R29339
 S. 10: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-6C43-1652
 S. 11: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-315-420-67, Foto: Heinz-Ullrich Röhnert
 S. 12: bpk/Kunstabibliothek, SMB, Photothek Willy Römer, Foto: Ernst Gränert
 S. 14: oben: PA Jeannette Schmidt, Potsdam;
 unten: Paul Ufermann (Hrsg.), Alwin Brandes. Leben und Wirken eines deutschen Gewerkschaftsführers, Berlin 1949, S. 13
 S. 16: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-6C423-777
 S. 17: Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland, 1929/1968
 S. 19: Stadtarchiv Magdeburg
 S. 20: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-317-299-67, Fotograf: Willi Ruge
 S. 21: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-6C473-82-91
 S. 22: LAB, Landesbildstelle, F Rep. 290
 S. 24: Bundesarchiv, Bild-Nr. 183-1989-0718-501
 S. 25: Bundesarchiv, Bild-Nr. 183-H29924
 S. 26: Paul Ufermann (Hrsg.), Alwin Brandes. Leben und Wirken eines deutschen Gewerkschaftsführers, Berlin 1949, S. 57
 S. 29: Deutsches Historisches Museum, Bildarchiv
 S. 30: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-6C43-472-66
 S. 32 oben: Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland, 1929/1968
 unten: Bundesarchiv, Bild-Nr. 183-R72520
 S. 34: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-6C43-642
 S. 35: oben: „Die Große Zeit. Illustrierte Kriegsgeschichte“, Bd. 2., Berlin 1920. S. 426
 rechts: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-6C43-267-67
 S. 36: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-6C47-442-68
 S. 37: Bundesarchiv, Bild-Nr. 183-R26968
 S. 38 oben: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-6C461-255-67
 unten: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-6C461-1825-67
 S. 39: Bundesarchiv, Bild-Nr. 10-KL-5-38268
 S. 40: Bundesarchiv, Bild-Nr. 1-6C443-1758
 S. 41: unten: AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung, IG Metall-Archiv
 S. 42: oben: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Seine Entwicklung und seine soziale Bedeutung, Stuttgart 1928



Impressum:

Herausgeber: IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen,
Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin
ViSdP: Olivier Höbel, Bezirksleiter

Autoren: Dr. Bert Hoppe, Dr. Stefan Heinz, Prof. Dr. Siegfried Mielke
Abbildungen: vgl. Quellenverzeichnis Seite 43

Redaktion: Dr. Bert Hoppe, Dr. Stefan Heinz, Andrea Weingart
Entwurf und Umsetzung: Steffen Wilbrandt, Berlin
Druck und Weiterverarbeitung: Print24 GmbH, Radebeul

www.igmetall-bbs.de